

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Alters- und
Hinterlassenenvorsorge
Effingerstrasse 20
3003 Bern

9. Oktober 2007

**Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vernehmlassungsvorlage, von der die EVP gerne Gebrauch macht. Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und macht davon gerne Gebrauch.

Grundsätzlich begrüsst die EVP das Ziel, die Spielregeln für die öffentlich-rechtlichen Kassen denjenigen für privatrechtliche anzunähern. Wir fragen uns allerdings, ob das Problem so gravierend ist, dass es eine neue, komplizierte und bürokratische Gesetzgebung auf Bundesebene wirklich braucht und regen aus den folgenden Gründen an, auf die geplante Vorlage zu verzichten:

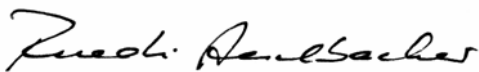
1. Von den Neuerungen wirklich betroffen wären nur relativ wenige öffentlich-rechtliche Kassen mit einer grossen Unterdeckung. Bei den Kassen des Bundes wurde die Vollkapitalisierung schon vor einiger Zeit beschlossen und in der Zwischenzeit bereits weitgehend realisiert. Somit handelt es sich bei den verbleibenden vorwiegend um Kassen der Kantone und Gemeinden.
2. Wie der Vernehmlassungsbericht des Bundesrats zeigt, ist eine Lösung, die für alle unterschiedlich gelagerten Fälle einigermaßen sinnvoll ist, sehr komplex. Welche Variante nun wirklich besser ist, ist nicht leicht zu beurteilen. Ob eine Vollkapitalisierung nach 30 Jahren (weshalb nicht nach 25 oder 40 Jahren und weshalb z.B. nicht nur zu 80%?) wirklich besser ist, kann man sich in der Tat fragen. Dies zeigt auch die bereits im Vorschlag eingebaute Flexibilität, wonach der Bundesrat nach 10 Jahren überprüfen soll, ob die Zielsetzung allenfalls angepasst werden muss.

3. *Es erscheint einigermaßen willkürlich, wenn der zufällige Deckungsgrad an einem Stichtag darüber entscheiden soll, ob eine Kasse während der Übergangsfrist von 30 Jahren noch die Variante Teilkapitalisierung wählen kann oder nicht.*
4. *Für die betroffenen Kantone und Gemeinden stellt eine hohe Unterdeckung in ihrer Pensionskasse sicher ein Problem dar, und in verschiedenen Fällen überlegt man sich langfristige Lösungen. Ob es wirklich notwendig ist, dass der Bund hier noch „nachhilft“, kann man sich fragen. Es lässt sich ohne weiteres die Ansicht vertreten, die wenigen betroffenen Kantone und Gemeinden seien selbst in der Lage, eine für ihren Fall sinnvolle Lösung zu finden.*
5. *Entscheidend ist nach Ansicht der EVP die Transparenz über die Unterdeckungen einerseits in den Rechnungen der Pensionskassen und andererseits in den Rechnungen der betreffenden Kantone und Gemeinwesen (in der Bilanz oder allenfalls als Eventualverpflichtung im Anhang).*
6. *Bereits heute kann eine öffentlich-rechtliche Kasse gemäss Art. 69 Abs 2 BVG und Art. 45 Abs. 1 BVV 2 nur dann von der Bilanzierung in geschlossener Kasse abweichen, wenn sie über eine Garantie des entsprechenden Gemeinwesens verfügt. Diese gilt wegen Art. 19 FZG entgegen dem Wortlaut von Art. 45 Abs. 2 BVV 2 nicht nur für das BVG-Minimum, sondern auch für die überobligatorischen Leistungen. Unseres Erachtens würde es genügen, die Bestimmungen im BVG und in der BVV 2 der Realität anzupassen und dabei nicht mehr von Bilanzierung in geschlossener Kasse zu sprechen, sondern von Teilkapitalisierung.*

Die EVP fordert die öffentlich-rechtlichen Kassen mit grosser Unterdeckung auf, ihre Verantwortung für die künftigen Generationen wahrzunehmen. So kann auf diese Gesetzesänderung verzichtet werden.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier